

Es informiert Sie	Heike Mehler
Telefon (0202)	563 6265
Fax (0202)	563 8085
E-Mail	heike.mehler@stadt.wuppertal.de
Datum	20.09.2007

Niederschrift

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Langerfeld-Beyenburg (SI/5777/07) am 18.09.2007

Anwesend sind:

von der CDU-Fraktion

die Herren Wolfgang Peter Cleff, Klaus Frische, Karl Grünewald, Hans Neveling M.A., Dr. Frank Stromberg und Michael Wessel ,

von der SPD-Fraktion

Frau Ulrike Fischer, die Herren Andreas Bialas, Eberhard Hasenclever und Wilfried Michaelis ,

von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

die Herren Michael Bergerund Thomas Sperling ,

von der FDP

Herr Friedrich Paul ,

von der Fraktion DIE LINKE

Frau Elke von der Beeck ,

von der Verwaltung

Herr Bernd Bever, SB 209

Schriftführerin

Frau Heike Mehler ,

berat. Teilnehmer § 36 VI u. VII GO NRW

Herr Stv. Rainer Spiecker ,

als Vertreter des Oberbürgermeisters

Herr Loewen ,

vom Bezirksjugendrat

Wiebke Hansmeier und Lukas Hohmann

Nicht anwesend ist:

Herr Graeber, parteilos

Schriftführerin:

Heike Mehler

Beginn: 19:30 Uhr

Ende: 21:05 Uhr

I. Öffentlicher Teil

1 Bericht des Vorsitzenden

26.08.2007: An der Festveranstaltung des CVJM Langerfeld „100 Jahre Freu(n)de in unseren Mauern“ haben der Bezirksvorsteher und Herr Hasenclever teilgenommen. Es wurde ein symbolischer Scheck über 500,00 Euro als Geschenk der Bezirksvertretung Langerfeld-Beyenburg überreicht.

04.09.2007 An der Arbeitsgemeinschaft Stausee Beyenburg haben Frau Mehler, der Bezirksvorsteher und Herr Hasenclever teilgenommen. Es wurde folgende Punkte angesprochen: Aus Kostengründen ist die Ausschreibung aufgehoben worden. Das Angebot des einzigen Unternehmers lag um 33 % höher als die Kostenberechnung und der Sachkundenachweis ist nicht erbracht worden.

Der Hengstenbach soll neu verrohrt werden. Durch eine Verlegung soll die Strömung und die Einleitung der Sedimente abgelenkt werden. Der Bau soll so angelegt werden, dass ein Fischaufstieg möglich wird. Es gibt noch Schwierigkeiten mit der Feuerwehr wegen der Notfallandienung während der Bauzeit. Hier sollen weitere klärende Gespräche geführt werden, um die Bauzeit verkürzen zu können. Die Bauarbeiten sollen zeitgleich mit der Sanierung des Wehr erfolgen. Das bedeutet: Nur eine einmalige Absenkung des Wasserspiegels im Stausee.

Hinsichtlich des Beschlusses der Bezirksvertretung vom 21.08.2007, eine Sedimentenfalle einzubauen, wurde vom Wupperverband erläutert, dass eine Sedimentenfalle keinen wirksamen Erfolg bringen wird. Die Verwaltung wird eine offizielle Antwort für die Bezirksvertretung formulieren.

04.09.2007 Es fand die Einweihung und offizielle Übergabe des Spielplatzes Windhukstraße durch Herrn Oberbürgermeister Jung statt. Von der Bezirksvertretung waren Frau Fischer, der Bezirksvorsteher und Herr Hasenclever anwesend. Die Kinder und Eltern sind begeistert. Der Platz ist wirklich sehr schön geworden. Hoffentlich bleibt er so!

Herr Krieg hat anlässlich der Einweihung eine Vorlage für die Neugestaltung des Spielplatzes Spitzenstraße für die Oktober-Sitzung angekündigt.
(Anmerkung Protokollführerin: Lt. Nachfrage bei Herrn Krieg, wird die Vorstellung voraussichtlich erst im November sein; es gibt im Vorfeld Terminprobleme)

11.09.2007 Die Gesprächsrunde mit den Vereinen und sonstigen Institutionen im Bezirk hat statt gefunden. Die Herren Loewen und Wolter haben für die Verwaltung die Formalien erläutert. Frau Hahn vom Bürgerverein hat sich bereit erklärt, die Veranstaltungstermine aus einem weiteren Gespräch im Januar 2008 zu sammeln und auf der Internetseite des Bürgervereins Langerfeld zu veröffentlichen.

Es bleibt festzustellen, dass leider nicht alle Eingeladenen anwesend waren.

Die Mitglieder nehmen der Bericht zur Kenntnis.

2 Anhörung des Bezirksjugendrates

Lukas Hohmann berichtet über ein Treffen der BJR für Langerfeld-Beyenburg und Heckinghaus mit den jeweiligen Geschäftsführerinnen zu einem Erfahrungsaustausch und der Möglichkeit für den BRJ Fragen zum allgemeinen Handling von Anträgen und Eingaben zu stellen.

Er weist außerdem darauf hin, dass der Antrag des BRJ auf Inbetriebnahme zweier Wegelaternen und der Befestigung eines Trampelpfades endgültig von der Verwaltung abgelehnt wurde. Das betroffene Gebiet ist in Privatbesitz und nicht in der Verantwortung der Stadt Wuppertal.

Die Mitglieder nehmen den Bericht zur Kenntnis.

3 Besetzung der Kasse im Hallenbad Langerfeld (s. dazu auch VO/0575/07) mündl. Berichterstattung: SB 209, Herr Bever

Herr Bever vom SB 209 nimmt zum Antrag der Bezirksvertretung Langerfeld-Beyenburg vom 21.08.09 wie folgt Stellung:

Die Vergaberichtlinien der Stadt Wuppertal in Verbindung mit der Notwendigkeit des Sparzwanges im Zuge der Haushaltskonsolidierung gab es keine andere Möglichkeit als die Anschaffung dieses Kassensautomaten. Wäre es nur nach den Wünschen des Stadtbetriebes gegangen, hätte man den Kassensautomaten priorisiert, der ohne Probleme im Bereich des Schwimmleistungszentrums genutzt wird.

Er erklärt aber, dass laut Bestätigung des Badleiters die genannten Mängel beseitigt worden sind; ein entsprechend eigenes Bild habe er sich durch Besuche in der letzten Zeit machen können. Er hofft, dass man sich jetzt nach einer Eingewöhnungsphase und technischen Problemen zu Beginn in Richtung eines problemlosen Ablaufes bewegt.

Das Prellen von Eintrittsgeldern durch Überspringen bzw. Überwinden der Absperrungen kommt immer mal wieder vor, dem soll durch entsprechende Kontrollen entgegengewirkt werden.

Er weist darauf hin, dass nicht die Absicht besteht, in Zukunft wieder personenbesetzte Kassen einzurichten. Er kann zwar nachvollziehen, dass Kassen, die mit Personal besetzt sind ansprechender und für die Kunden schöner sind; eine Personalaufstockung sei aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten aber nicht möglich.

Aus verschiedenen Wortbeiträge von Frau Fischer und den Herren Paul und Hasenclever ist als positiver Ansatz zu erkennen, dass das Bad einen guten optischen Eindruck macht und das anwesende Personal freundlich und hilfsbereit ist. Darüber hinaus gibt es aber nur negative Anmerkungen:

- Der Sockel vom Drehkreuz ist locker
- Probleme mit den Coins zur Freischaltung des Drehkreuzes (Empfehlung rotes bzw. grünes Licht installieren)
- Die Zeit der Schwimmmeister wird derart im Eingangsbereich in Anspruch genommen, dass für die eigentlichen Aufgaben wenig Zeit bleibt; z.B. sind die Böden oft nass.
- Der Hinweis auf die telefonische Erreichbarkeit ist nicht erkennbar angebracht.
- Der Automat ist sehr bedienerunfreundlich und so mit Hinweiszetteln versehen, dass man sich gar nicht auskennt.
- Bargeldlose Bezahlung ist nicht möglich.
- Gesamtsituation mit der Problematik des Zugangsverfahrens passt nicht zu einem 5-Millionen-Bad.
- Gestellte Coins für die Trainingsbereich funktionieren oft nicht (Anmerkung von Lukas Hohmann, BJR)

Herr Bever nimmt Bezug auf seine zu Beginn gemachten Ausführungen und bedauert die technischen Probleme, betont aber, dass er davon ausgehe, dass sich diese in Zukunft durch die erfolgten Umbauten am Gerät erledigen. Trotz Einsatz des Stadtbetriebes war aus wirtschaftlichen Gründen die Anschaffung eines anderen bewährten Automaten nicht zu erreichen.

Zum Hinweis auf die Belastung der Schwimmmeister weist Herr Bever darauf hin, dass jetzt ein Mitarbeiter abgestellt werden soll, der im Eingangsbereich für Fragen der Badegäste und Hilfestellung bei der Automatenbedienung zur Verfügung steht. Dies war nicht möglich, solange der Freibadbetrieb noch mit dem vorhandenen Personal aufrecht erhalten werden musste.

Der Bezirksvorsteher erklärt, dass man sicherlich noch lange über das Für und Wider diskutieren könne, aber auch die Sparzwänge nicht außer Acht gelassen werden könnten.

Er bittet Herrn Bever im Namen der gesamten Bezirksvertretung um Prüfung der genannten Beschwerden und erneute Stellungnahme in einem Monat.

4 Vorstellung des Projektmanagers für Stadtteilarbeit

Der Bezirksvorsteher begrüßt Herrn Karsten Buchholz, der sich als Projektmanager für Stadtteilarbeit im Bezirkssozialdienst (BSD) 7 vorstellt.

Herr Buchholz erläutert, dass er diese Aufgabe offiziell seit dem 01.04.2007 übernommen habe, aus personellen Engpässen im BSD 7 jedoch erst jetzt tatsächlich beginnen kann.

Zu seinem Zuständigkeitsbereich gehören die Bezirke Heckinghausen, Oberbarmen, Nächstebreck und Langerfeld-Beyenburg.

Zu seinem Aufgabengebiet gehören:

- Projektorganisation mit den verschiedenen Jugendeinrichtungen im Bereich der präventiven Jugendhilfe.
- Im Bereich Hilfe für Erwachsene Angebote für Senioren in ihrem direkten Umfeld zu entwickeln, die dann den Verbleib im gewohnten Umfeld sichern könnten. Einen direkten Handlungsansatz hierzu gibt es z.Zt. noch nicht.
- Beschäftigung mit aktuellen Themen z.B. Problematik mit rechtsradikalen Jugendlichen
- Mitarbeit in verschiedenen Gremien z.B. den Stadtteilkonferenzen und

- dem Förderprogramm „Soziale Stadt“
- Förderung der Kommunikation zwischen den Gremien auch zu den Bezirksvertretungen.

Auf verschiedene Fragen aus der Bezirksvertretung verweist Herr Buchholz auf die erst sehr kurze Zeit seiner Tätigkeit. Konkrete Ansätze für den Rest des Jahres 2007 und das Jahr 2008 sieht er darin Kontakte zu knüpfen, die Einrichtungen und Institutionen und deren Angeboten in den Stadtbezirken kennen zu lernen.

Zu den finanziellen Mitteln, auf die er für seine Arbeit zurückgreifen kann, liegen noch keine Zahlen vor. Es sind dies jedoch auch die Projektmittel des SB 208 und Mittel, die ihm evtl. aus der Zusammenarbeit mit der „Sozialen Stadt“ zur Verfügung stehen.

Er wird die Zahlen aber gerne nachreichen.

Er erklärt, dass seine Aufgaben in erster Linie im sozialen Bereich liegen, die Städtebauförderung für die Bezirke läuft über die „Soziale Stadt“, hier wird er lediglich koordinierend tätig.

Er versichert der Bezirksvertretung auch zu diesem Gremium Kontakt zu halten und Informationen weiterzuleiten.

Der Bezirksvorsteher dankt für den Bericht und schlägt vor, dass Herr Buchholz Ende 2008 über bis dahin durchgeführte Projekte in der Bezirksvertretung berichtet.

5 Vorstellung des Projektes "Bürgerbefragung Schmitteborn"

Frau Kersebaum aus dem Presbyterium der ev. Kirchengemeinde Langerfeld stellt das Projekt „Bürgerbefragung Schmitteborn“ vor.

Es handelt sich um ein Projekt, das getragen wird von der ev. Kirchengemeinde Langerfeld, der Diakonie und dem BSD 7 (Beteiligung über Herrn Buchholz).

Es soll helfen, die Situation der Menschen insbesondere aber der Kinder im Brennpunkt „Hochhäuser Schmitteborn“ besser durchleuchten zu können. Feststellen zu können ob Hilfe benötigt wird und wenn ja in welcher Form.

Fest steht, dass die Menschen dort in einer Art Ghetto leben, hauptsächlich Menschen aus Osteuropa und dem Irak, die oft keinerlei Anbindung an andere soziale Kontakte haben.

Es ist festzustellen, dass immer mehr deutsche Familien von dort fortziehen, weil die Zustände unerträglich sind.

Es leben dort etwa 65 bis 70 Kinder zu denen keinerlei Kontakte bestehen. Die Spielplatzsituation ist katastrophal. An den Hausklingeln gibt es keine Namensschilder.

Die Eigentümer der Wohnanlage zeigen keinerlei soziales Engagement und sind zu Gesprächen, um die Wohnsituation der Anwohner verbessern zu können, nicht bereit.

Sie lassen es nicht zu, dass in Räumen der Anlage Sozialarbeit angeboten wird. Ein Investor, der sich der Anlage annehmen wollte ist wegen des Desinteresses und der Weigerung zu Verhandlungen bereits abgesprungen.

Wegen der Vorfälle in der jüngeren Vergangenheit (s. Berichterstattung Presse

im Januar 2007 – Totschlag) ist das Thema „Hilfe für Schmitteborn und deren Bewohner“ noch einmal ganz aktuell geworden.

Da die Besitzer der Anlage nicht erreichbar sind, wurden bereits Bauförderungsamt und Bauordnungsamt eingeschaltet um hierüber gegebenenfalls Einfluss nehmen zu können.

D.h. Sanierung des Kinderspielplatzes, Verbesserung des Gebäudezustandes und zur Verfügungstellung von Räumlichkeiten für die Sozialarbeit vor Ort.

Auch diese Maßnahme hat keinerlei Erfolg gebracht, so dass sich jetzt der Minister für Landesbauförderung zu einem Termin vor Ort angemeldet hat.

Um dem Minister zu diesem Termin bereits Fakten zur Situation der Bewohner geben zu können, soll die Bürgerbefragung in diesem Bereich durchgeführt werden.

Nach Aussagen des BSD 7 gibt es für die Wohnanlage keine Auffälligkeiten, keine höhere Anzahl von Leistungsempfängern als in vergleichbaren Wohnlagen.

Nach Meinung der Projektbeteiligten bleibt daher nur eine Befragung der unmittelbar betroffenen (selbstverständlich auch mit Hilfe von Dolmetschern), um tatsächlich festlegen zu können – gibt es Probleme, wenn ja welche und wie kann eine Hilfe konkret aussehen.

Der Fragenkatalog ist vielfältig und bezieht sich u.a. auf die allgemeine Situation der Bewohner; die Zufriedenheit mit der Wohnsituation und dem Miteinander; der Situation der Kinder und Jugendlichen und deren Vorstellungen (was kann verbessert werden) usw.

Für die Befragung und die Auswertung stehen voraussichtlich nur 6 Wochen zur Verfügung. Einen genauen Termin für den Besuch des Ministers gibt es aber noch nicht.

Nach dem Bericht gibt es vielfältige Fragen und Anregungen von den Mitgliedern, die von Frau Kersenbaum unter Beteiligung von Herrn Buchholz beantwortet werden.

Grundsätzlich sieht die Bezirksvertretung es als positiv, dass dieses Thema Beachtung findet und ist auch bereit das Projekt vom Grundsatz her zu unterstützen.

Sie stimmt den Feststellungen zu, dass die Verhältnisse in der Wohnanlage mehr als katastrophal sind und Abhilfe daher dringend erforderlich ist.

Es gibt eine Diskussion über das Für und Wider der Vorgehensweise, bringt eine Befragung wirklich Ergebnisse? Gibt es außer den äußerlichen Umständen tatsächlich Bedarf an Hilfe?

Fragen bleiben; aber insgesamt schließt sich die Bezirksvertretung der Auffassung an, dass es Sinn macht, erst die Bedürfnisse der Anwohner zu ermitteln, um daraus konkrete Hilfsangebote entwickeln zu können. Dadurch entsteht die Möglichkeit, daraus Mittelforderungen festlegen zu können, um diese im Termin mit dem Minister vielleicht schon ansprechen zu können.

Die Bezirksvertretung bittet um Einbindung und Information über das weitere Verfahren.

Die Bezirksvertretung möchte am Termin mit dem Minister teilnehmen und bittet Herrn Buchholz um entsprechende Organisation.

Der Bezirksvorsteher dankt Frau Kersenbaum für den Bericht.

6 Errichtung eines Fahrradschutzstreifens Schwelmer Straße
Vorlage: VO/0750/07

Beschluss der Bezirksvertretung Langerfeld-Beyenburg vom 18.09.2007:

Die Bezirksvertretung bittet die Verwaltung (R. 104) um Beantwortung folgender Fragen:

1. An welchen Stellen bietet das Straßenprofil ausreichend Raum zur Einrichtung eines Schutzstreifens?
2. Wie breit kann der Schutzstreifen ausgestattet werden?
3. Welche Kosten würden voraussichtlich für die Maßnahme anfallen?
4. Kann der Schutzstreifen auch schrittweise eingerichtet werden?

Einstimmigkeit

Cleff
Vorsitzender

Heike Mehler
Schriftführerin